Gute Zeiten im Palast

Von Dr. Matthias Soyka

Den Krankenkassen soll es gerade ganz schlecht gehen. Sogar über Insolvenzen von Krankenkassen wird schon gemunkelt. Doch bei Licht betrachtet ist das Rumoren nur die aktuelle Hintergrundmusik, mit der die Kassenfunktionäre zum Jahreswechsel ihre üblichen Attacken gegen die Leistungsträger im Gesundheitswesen lancieren.

Wie immer fordern sie von den Ärzten noch mehr Honorarverzicht und drohen gleichzeitig ihren Versicherten an, Leistungen zu reduzieren und den Zugang zu Ärzten durch digitale Instrumente zu begrenzen. Die Krankenkassendefizite seien doch so groß. Man könnte fast Mitleid haben.

Doch ich trockne meine Mitleidstränen, wenn ich am Jahresende im Hamburger Abendblatt den großen Hamburger Gehaltsvergleich lese. Basierend auf den Daten des Arbeitgeber-Bewertungsportals Kununu können sich jobsuchende Hamburger (von denen es gerade immer mehr gibt) informieren, bei welchen Arbeitgebern besonders gut bezahlt wird.

Die Praxen und Krankenhäusern gehören jedenfalls nicht zu diesem erlesenen Kreis. Doch keine Angst, das Gesundheitswesen steht bei Spitzenverdiensten nicht außen vor.

„Der Gewinner ist…“

Wir alle können uns freuen, dass die Techniker Krankenkasse mit einem Durchschnittsverdienst von 72.704 Euro gleich hinter Airbus auf Platz 2 des Gehaltsvergleichs landet.

Das ist schön für alle TK-Mitarbeiter, für alle anderen möglicherweise etwas überraschend. Denn anders als die Airbus-Leute, die täglich technologische Spitzenleistung liefern und beeindruckende Produkte herstellen, „produziert“ die Techniker Krankenkasse vor allem eines - Bürokratie.

Trotzdem wird hier exzellent verdient. Die TK liegt im Einkommensranking noch vor den Banken der Stadt oder der Otto-Group.

Die Unternehmenszentrale der Techniker Krankenkasse befindet sich in Hamburg auf einem mehrere Hektar großen Areal, das inzwischen noch größer ist, als es in Google-Maps aussieht.

Der hohe Durchschnitt erklärt sich nicht nur mit dem hohen Jahresgehalt des TK-Chefs Jens Baas, der mit über 400.000 Euro mehr verdient als der Bundeskanzler.

Nein, bei der TK wird insgesamt überdurchschnittlich gut verdient, was u.a. einem anderen Gehaltsvergleich zu entnehmen ist, der auf Basis der Kununu-Daten im Juni 2025 erschien. Danach verdienen z.B. Sachbearbeiterinnen 46.900 Euro/p.a..

Kein Wunder, dass es den Krankenkassen gelingt, so viele in den Praxen ausgebildete Medizinische Fachangestellte abzuwerben. Die tückische Ironie an der Geschichte ist, dass die Ausbilder der abgeworbenen MFA mit ihren Gehaltsangeboten schon lange nicht mehr mithalten können, weil die Krankenkassen ihnen seit Jahrzehnten kein angemessenes Honorar mehr gönnen. Eine fantastische Gelegenheit für die Kassen, die aus dem Fachkräftemangel entstehenden Probleme den verbliebenen Praxen anzulasten.

Klarheit über die unverdienten Profiteure

Doch die Veröffentlichung der grandiosen Verdiensthöhen hat für die Kassen nicht nur Vorteile. Sie schafft unfreiwillig etwas Klarheit darüber, wer eigentlich zu den Profiteuren der Gesundheitspolitik gehört.

Die TK-Angestellten verdienen bombastisch, und zwar ohne die Qualifikationen zu besitzen, über die Ärzte, Psychologen oder Zahnärzte verfügen. Die alleinige Zugehörigkeit zur TK reicht aus, um in Hamburg die zweithöchsten Gehälter einzufahren.

Wie will diese Kasse das ihren Versicherten erklären, wenn sie im neuen Jahr den Zusatzbeitrag auf 2,69 Prozent erhöht?

Zumal sich für die Versicherten das medizinische Angebot vor allem im ambulanten Bereich weiter verschlechtern wird, weil die Praxen der niedergelassenen Ärzte in den letzten 20 Jahren kaputtgespart und kaputtbürokratisiert wurden. Während es sich in den Kassenpalästen gut leben lässt, führt das miese Investitionsklima dazu, dass sich immer weniger Nachfolger für Praxen finden. Schließlich landen viele Praxen auf der Resterampe – bei Investoren wie der insolventen Hamburger MIAMEDIS-Kette.

Einsparpotential in den Verwaltungen der Krankenkassen

Warum sieht in dieser Situation die Politik, aber auch die Ärzteschaft, nicht das enorme Einsparpotential in den Verwaltungen der Krankenkassen? Immer wieder sprechen wir von Bürokratieabbau, möglicherweise auch davon, dass wir ein paar Krankenkassen zu viel haben. Aber es geschieht nichts.

Allenfalls wurde in letzter Zeit gelegentlich von mutigen Politikern über so etwas wie einen Sparbeitrag der Krankenkassen nachgedacht. Und auch Ärztefunktionäre verlieren immer mal wieder ein meist sehr vorsichtiges Wort der Kritik an den Verwaltungskosten.

Aber das eigentlich Naheliegende kommt kaum jemanden in den Sinn oder es mag niemand aussprechen – wir brauchen die komplette Abschaffung fast aller Krankenkassen und die Reduktion auf eine einzige Kasse, die sich auf ihre Kernaufgaben beschränkt.

Es sind ja nicht nur die exorbitant hohen Gehälter, es ist auch die schiere Masse der Angestellten. In Deutschland gibt es mehr Krankenkassen-Beschäftigte als selbständige niedergelassene Ärzte, nämlich 126.000. Das ist die gleiche Zahl wie vor 25 Jahren, als wir noch fast 1000 Krankenkassen in Deutschland hatten. Die Reduktion der Kassen führte genauso wenig zu Personaleinsparungen wie die Digitalisierung. Der Apparat bleibt und seine Kosten wachsen konstant. Kein Wunder, dass die jährlichen Verwaltungskosten der Krankenkassen laut Statistischem Bundesamt mehr 13 Milliarden Euro betragen.

Die Verselbständigung des medizinisch-bürokratischen Komplexes

Den Kassen geht es nicht um den Nutzen für ihre Versicherten, sondern um den reinen Selbsterhalt. Sie bilden einen medizinisch-bürokratischen Komplex, der sich komplett verselbständigt hat.

Sie beschränken sich schon längst nicht mehr auf ihre eigentlichen Aufgaben, das Einziehen der Versichertengelder und die Geschäftsbeziehung zu ihren Vertragspartnern, inkl. Korruptionsbekämpfung und Rabattverträgen. Für diese Kernaufgaben würde man im Zeitalter der Digitalisierung nicht annähernd so viel Personal benötigen.

Inzwischen besteht die Hauptbeschäftigung der Kassen in dem künstlichen Wettbewerb der Kassen und ihrem Kampf um die Gelder des Gesundheitsfonds im Risikostrukturausgleich.

Ihr größter Schaden ist dabei noch nicht einmal der finanzielle – die absurd hohen 13 Milliarden, die sie verspeisen. Noch viel schädlicher ist, dass Praxen und Kliniken mit immer neuen bürokratischen Anforderungen beschäftigt und ausgebremst werden, die es nur wegen des Kassenwettbewerbes und der Konkurrenz um die Anteile am Gesundheitsfonds gibt.

Die direkten und indirekten Kosten des Krankenkassenapparats erklären zum großen Teil, dass das deutsche Gesundheitssystem eines der teuersten der Welt ist. Viele Ärzte, vor allem die Leser des *änd* wissen das alles und kennen die Zahlen, aber den meisten Bürgern ist das weitgehend unbekannt.

Ceterum Censeo

Zu den guten Vorsätzen der Ärzte und ihrer Vertreter für das neue Jahr sollte deshalb gehören, sich endlich darum zu kümmern, die überschießende Bürokratie und die Zahl der Kassen wirklich zu begrenzen.

Ärzte sollten den Bürokratieabbau nicht nur wie einen frommen Wunsch behandeln, sondern ernsthaft und konsequent in Angriff nehmen.

Dazu gehört, Transparenz über die verborgenen Folgekosten der Kassenbürokratie in Praxen und Kliniken herzustellen. Wir müssen diese okkulten Kosten an Zeit, Geld und Energie identifizieren und öffentlich benennen. Vielleicht wäre sogar ein selbstorganisiertes und dadurch unkompliziertes Melderegister denkbar. Die Bürger müssen wissen, was der Bürokratie-Wahnsinn anrichtet.

Wir Ärzte würden damit nicht nur uns, sondern vor allem unseren Patienten und der Gesellschaft einen großen Dienst erweisen. Denn Deutschland hat ein gewaltiges Bürokratie-Problem. Der Kampf gegen dieses generelle Problem beginnt am besten da, wo es am stärksten ausgeprägt ist und wo mit der Beseitigung überflüssiger und schädlicher Strukturen die schnellsten und größten Erfolge zu erzielen wären – im Dschungel der Krankenkassenbürokratie.

Dr. Matthias Soyka ist Orthopäde und Buchautor. Aktuell im Buchhandel: „Dein Rückenretter bist du selbst“, Ellert&Richter, Hamburg.

www.dr-soyka.de ; Youtube Kanal „Hilfe zur Selbsthilfe“
31.12.2025, 08:55, Autor/-in: red.